

setzte die Entwicklungsländerabteilung stärker auf den inneren Wandel in Südafrika selbst. Deutlich wird aus allen drei Beiträgen, dass im Rahmen des internationalen Engagements der FES eine weitaus geringere Verflechtung mit der politischen Mutterpartei bestand, als dies in anderen Handlungsfeldern wie etwa der politischen Grundlagen- oder Bildungsarbeit der Fall war. Die dabei bisweilen zum Ausdruck kommende inkohärente Haltung der Friedrich-Ebert-Stiftung wird jedoch von den Autoren nicht als Schwäche gewertet. Vielmehr eröffnete die Verfolgung von unterschiedlichen Strategien ein Set an Handlungsoptionen, das in dieser Form mutmaßlich nur politische Stiftungen mit ihrer ambivalenten Stellung zu den nahe stehenden politischen Parteien und den unterschiedlichen Formen praktischer Arbeit zur Verfügung steht. Als Förderinstanzen demokratischer Entwicklung kann parteinahen Stiftungen vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse eine besondere Bedeutung zugeschrieben werden.

Mit den drei Beiträgen des hier besprochenen Bandes zur internationalen Stiftungsarbeit, die sich sowohl auf interne Materialien als auch auf Gespräche und Erinnerungen der Autoren stützen, ist für eine Untersuchung der Rolle und Bedeutung von politischen Stiftungen ein wichtiges Fundament gelegt. Eine weitergehende Auswertung und Analyse steht indes noch aus. Da auch der Band von Monika Faßbender über die Friedrich-Naumann-Stiftung auf eine stärkere Kontextualisierung in den politischen Rahmenbedingungen der Zeit sowie auf eine stärkere Einbettung der Inhalte und Ergebnisse in der historischen Forschung weitgehend verzichtet, markieren beide Bände letztlich wichtige Grundlagen und Wegmarken für eine noch zu vertiefende geschichtswissenschaftliche Befassung mit den parteinahen politischen Stiftungen in Deutschland.

Jürgen Mittag

Die Rolle der Arbeitsbeziehungen im Ringen um Demokratie und Republik in der Zwischenkriegszeit

Petra Weber: Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich?, München: Oldenbourg Verlag: 2010, 1245 S., 128 €.

Bis heute stehen Studien zur Zwischenkriegszeit – vor allem wenn sie mit Blick auf die deutsche Entwicklung und die Weimarer Republik verfasst sind – im Zeichen des Scheiterns des Demokratie und des Zusammenbruchs der republikanischen Staatsform. Ganze Bibliotheken können mittlerweile mit Forschungsbeiträgen darüber gefüllt werden, inwieweit strukturelle Gründe wie die Reichsverfassung, Belastungsfaktoren wie der Versailler Vertrag, Einflüsse der politischen Kultur wie die fehlende demokratische Verankerung und die Rolle der „alten Eliten“, aber auch ökonomische Aspekte wie Inflation und Weltwirtschaftskrise neben den politischen Parteien und der Konjunktur extremistischer Ideologien zum Scheitern von Weimar beigetragen haben. Diese Studien haben

den Blick in erster Linie auf die politischen Ursachen des Scheiterns gerichtet, sie werden zumeist aus politikgeschichtlicher Perspektive verfasst und ihnen liegt in der Regel die Konzentration auf einen einzelnen Staat zugrunde. Erst seit den 1990er Jahren werden – auch jenseits der großen Überblicksdarstellungen mit gesamteuropäischem Anspruch – zunehmend vergleichende Forschungen unternommen. Weiterführend erwiesen sich dabei insbesondere die Publikationen des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) in München, an dem im Rahmen eines umfassenderen Projektes gleich mehrere komparatistische Vorhaben bearbeitet wurden, die mittlerweile auch gedruckt vorliegen.³⁰

Im Rahmen des IfZ-Verbundes ist auch die hier besprochene Arbeit von Petra Weber angesiedelt, der ebenfalls eine vergleichende Perspektive – zwischen Deutschland und Frankreich explizit und unter partieller Einbeziehung Englands implizit – zugrunde liegt. Der Fokus von Petra Weber ist dabei aber weniger auf die (partei)politischen Aspekte gerichtet, die bislang in der Forschung dominiert haben, sondern es werden vielmehr im Lichte einer Perspektiverweiterung die industriellen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, die sozialen Akteure und die sozialstaatlichen Ausgestaltungen ins Blickfeld genommen. Im Zentrum steht dabei die Frage, inwieweit die unterschiedlichen Arrangements zwischen Arbeiterbewegungen, Unternehmerverbänden und Staaten zur Stabilität bzw. zur Schwäche von Demokratie und Republik in der Zwischenkriegszeit beigetragen haben. Explizit wirft Petra Weber bereits im Klappentext die Frage auf, warum im Jahr 1933 „die Verteilungskämpfe das Fundament der Weimarer Demokratie“ untergruben, „während in der späten französischen Dritten Republik die industriellen Beziehungen erst 1936 zu einem Politikum ersten Ranges wurden“.

Den Ausgangspunkt des Vergleichs bildet das Jahr 1918 bzw. das Ende des Ersten Weltkriegs. Während in Frankreich die industriellen Beziehungen durch dieses Ereignis nicht wesentlich beeinflusst wurden und sich Arbeiterbewegung, Unternehmerverbände und Staat weiterhin antagonistisch bzw. unverbunden gegenüberstanden, kam es in Deutschland im Zuge der Revolution von 1918 bis 1920 zu einer grundlegenden Neuausrichtung der industriellen Beziehungen. Insbesondere der Abschluss des „Stinnes-Legien-Abkommens“ zwischen Gewerkschaften und Repräsentanten der Unternehmerschaft im November 1918 bzw. die Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer können – ungeachtet ihres Scheiterns unter dem Druck der Inflation – als wichtige Etappen, vielleicht sogar als Zäsuren der deutschen Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert verstanden werden. Das Abkommen sicherte den Gewerkschaften die Anerkennung als legitime Repräsentanten der Arbeiterschaft; zugleich gewährte es allen abhängig Beschäftigten mit der Einführung des Acht-Stunden-Tages jene sozialen Verbesserungen, die zuvor hartnäckig verweigert

30 Vgl. zusammenfassend Andreas Wirsching: Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie. Die Weimarer Republik im europäischen Vergleich, München 2007.

worden waren. Auch im internationalen Vergleich galt Deutschland damit im Sinne der Ausgestaltung moderner industrieller Beziehungen als fortschrittlich.

Eberhard Kolb und Reiner Tosstorf haben in früheren Rezensionen bereits angemerkt, dass es im Rahmen einer Rezension kaum möglich ist, der Bandbreite der von Petra Weber auf insgesamt 1245 Seiten (darunter 94 eng bedruckte Seiten mit Quellen und Literatur) ausgebreiteten Einzelergebnisse auch nur ansatzweise gerecht zu werden. Die Darstellung besitzt in weiten Teilen Handbuchcharakter, da sie auf Basis einer umfassenden Literaturgrundlage sowohl die Organisationsentwicklung der Gewerkschaften (mit Schwerpunkten auf der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Richtung) und der Unternehmerverbände als auch Arbeitskonflikte und Sozialgesetzgebung der 1920er und 30er Jahre in beträchtlicher Detailtiefe veranschaulicht. Webers Publikation hat aber nicht allein enzyklopädischen Charakter, sie trägt zugleich auch einem weitreichenden Forschungsanspruch Rechnung, da hier zahlreiche Strukturen und Ereignisse im Beziehungsgeflecht der Sozialpartner erstmals überhaupt im Rahmen einer Publikation dargestellt werden. Die Autorin stützt sich dabei auf eine breite Quellengrundlage, bei der neben staatlichen und verbandlichen Archiven auch Materialien aus betrieblicher Provenienz und umfangreiche Statistik- und Medienauswertungen herangezogen werden. Für künftige wissenschaftliche Forschungen markiert das Werk damit nicht nur einen Steinbruch an Materialien, sondern es eröffnet auch zahlreiche anregende und höchst differenzierte Interpretationsofferten, mit denen gängige Deutungen kritisch hinterfragt werden. So kann gezeigt werden, dass der hohe Organisationsgrad der deutschen Arbeiterbewegung und der Charakter einer finanzstarken gewerkschaftlichen Massenbewegung neben einem gewissen Elitenkonsens bei der Kooperation von Arbeiterbewegung mit Unternehmern sowie ein vergleichsweise hohes Niveau an sozialstaatlicher Ausgestaltung letztlich weder den Legitimationsverlust der Sozialpartner noch den Zusammenbruch von Demokratie und Republik verhindern konnten. In Frankreich hingegen konnte ein weniger differenziertes entwickeltes System der Interessenvertretung, in dem die Gewerkschaften zudem stark unter dem Einfluss eines revolutionären Syndikalismus standen, und ein weit geringer ausgebauter Sozialstaat – eine obligatorische Sozialversicherung wurde erst 1936 von der Volksfronregierung etabliert – das Ansehen der Dritten Republik hingegen nicht in gleichen Ausmaß diskreditierten.

Die Staatsorientierung des deutschen Systems und eine gewisse anti-etatistische Tradition in Frankreich werden von der Autorin – neben einer Fülle weiterer „nationaler Idiosynkrasien“ (S. 1091) – als wichtiger Erklärungsansatz für unterschiedliche Entwicklungen und Perzeptionsprozesse angeführt. Bemerkenswert ist – und hier zeigt sich neben der komparativen Dimension auch der ansonsten in der Publikation eher im Hintergrund stehende Verflechtungscharakter der industriellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland –, dass die französischen Sozialpartner durchaus Bezugnahmen auf das Scheitern der Weimarer Republik und hierauf reagierten. In diesem Sinne führten gesamteuropäische Krisenphänomene ungeachtet aller nationalstaatlichen

Unterschiede und Gegensätze dann doch zu einer zumindest partiellen Europäisierung der industriellen Beziehungen. Die historische Forschung wird sich mit der europäischen Dimension der Zwischenkriegszeit sicherlich noch näher befassen. Gerade weil Petra Webers Band alles andere als leicht verdauliche Kost darstellt, wird es dabei mutmaßlich in den kommenden Jahren sukzessive zu einer Auseinandersetzung mit ihrer Darstellung und ihren Einzelergebnissen kommen.

Jürgen Mittag

